



Aktueller Begriff Europa

Das Programm der italienischen EU-Ratspräsidentschaft 2014

Am 1. Juli 2014 hat Italien für die zweite Jahreshälfte 2014 den Vorsitz im Rat der EU (EU-Ratspräsidentschaft) von Griechenland übernommen. Aufbauend auf dem Achtzehnmonatsprogramm des Rates (1. Juli 2014 – 31. Dezember 2015) möchte Italien im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft frischen Wind in das Projekt Europa bringen. Die italienische Regierung ist der Auffassung, dass die mit der Wahl zum Europaparlament geäußerte Europaskepsis den Reformbedarf innerhalb der EU verdeutlicht habe. Das Programm der italienischen Präsidentschaft trägt daher den Titel „Europa – ein Neubeginn“. Es ist in drei Themenkomplexe unterteilt:

Im ersten Themenkomplex „**Europa für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung**“ stellt die italienische Ratspräsidentschaft die Notwendigkeit von strukturellen Reformen und Innovationen in den Mittelpunkt, da diese wesentliche Einflussfaktoren von wirtschaftlichem Wachstum sind. Dabei rücken die **Binnenmarktakte II** und die **Strategie Europa 2020** wieder stärker in den Fokus und verfolgen das Ziel, nachhaltiges und inklusives Wachstum zu schaffen. Außerdem betont der Vorsitz, dass das Potenzial der **Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)** im Hinblick auf die ökonomische und soziale Dimension genutzt werden muss, sodass es zu einer Vertiefung und Stärkung der WWU kommt. Dieser europäische Integrationsprozess soll vor allem in den Bereichen Industrie sowie Energie- und Klimapolitik vorangetrieben werden. Die „industrielle Renaissance“ bildet dabei das Herzstück der Wachstumsinitiativen, die der Modernisierung der Wirtschaft und des Arbeitsumfeldes dienen. Vorgesehen sind weitreichende Maßnahmen, u.a. die Förderung der **industriellen Wettbewerbsfähigkeit**, die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie die Schaffung eines Binnenmarktes für elektronische Kommunikations- und Online-dienstleistungen und der Aufbau einer digitalen Infrastruktur. Hinsichtlich der **Energie- und Klimapolitik** strebt Italien einen umweltfreundlichen, kosteneffizienten und sicheren Energiesektor an, der durch die Diversifizierung des Angebots und eine externe Energiepolitik ermöglicht würde. Darüber hinaus soll in neue Technologien und grüne Arbeitsplätze insbesondere in der Landwirtschaft investiert werden.

Einen weiteren wichtigen Faktor sieht der Vorsitz in der Notwendigkeit, mehr **Beschäftigungsmöglichkeiten** zu schaffen. Dabei soll der Schwerpunkt insbesondere auf der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit liegen. Hierzu sollen verschiedene Projekte wie bspw. die Jugendgarantie oder die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen beitragen. Darüber hinaus soll die **Bildungsagenda** Akzente auf Konzepte für lebenslanges Lernen und der Aneignung

Nr. 05/14 (31. Juli 2014) © 2014 Deutscher Bundestag

Verfasser/in: RR Hannes Rathke, RRef'in Jessica Mihalyi, Magdalena Kanther

Fachbereich Europa (PE 6), Telefon: +49 30 227-38662, vorzimmer.pe6@bundestag.de

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote des Fachbereichs Europa geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung P, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.



von Fähigkeiten und Kompetenzen setzen.

Im Zentrum des zweiten Themenkomplexes „**Europa näher an den Bürgern: ein Raum der Demokratie, des Rechts und der Freiheit**“ stehen die Bürgerinnen und Bürger. Eine größere Bürgernähe soll sowohl durch transparentere und verlässlichere Institutionen gefördert werden, als auch durch die Entwicklung **des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts** gemäß der im Juni 2014 vom Europäischen Rat beschlossenen strategischen Leitlinien. Zu letzterem soll ein verbessertes Management der EU-Außengrenzen beitragen, das die Grundrechte des Einzelnen respektiert. Hierfür muss nach Ansicht des Vorsitzes der Schengen-Acquis gestärkt sowie die Entwicklung neuer Regelungen zur gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen und die Schaffung eines europäischen Systems der Grenzkontrolle beschleunigt werden. Ferner hat Italien sich zur Aufgabe gemacht, Fortschritte in den Verhandlungen zur Schaffung einer **Europäischen Staatsanwaltschaft** zu erreichen, die insbesondere Subventionsbetrug zu Lasten der EU bekämpfen soll. Einen weiteren Akzent legt die italienische Ratspräsidentschaft auf den **Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention** sowie die Fortsetzung der Arbeit am Entwurf der Kommission für einen **Frühwarnmechanismus zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten**.

Im dritten Themenkomplex „**Neuer Impuls für die Europäische Außenpolitik**“ liegt der Fokus auf dem Mittelmeerraum und den unmittelbaren Nachbarstaaten der EU. Italien möchte die Sichtbarkeit der EU in den Staaten des sog. **arabischen Frühlings** verstärken und insbesondere die Etablierung demokratischer Prinzipien sowie die soziale Entwicklung in Ägypten unterstützen. Zudem sollen die Bemühungen der EU innerhalb des Nahost-Quartetts zur zügigen Wiederaufnahme von **Friedensgesprächen zwischen Israelis und den Palästinensern** gefördert werden. Hinsichtlich der **Syrienkrise** und ihrer Auswirkungen auf die Region soll eine politische Lösung gefunden, humanitäre Hilfe geleistet und die Stabilität des Libanon sichergestellt werden. Darüber hinaus beabsichtigt der Vorsitz, regionale Lösungsansätze der europäischen Nachbarschaftspolitik in engerer Kooperation mit der Union für das Mittelmeer zu erarbeiten. Aufgrund der hohen Belastung der nationalen Asylsysteme einzelner Mitgliedstaaten will der italienische Vorsitz einen Entwurf für eine **gemeinsame europäische Migrationspolitik** vorlegen. Die durch die Mittelmeer-Task Force festgelegten Maßnahmen sollen u.a. durch Stärkung von FRONTEX effektiv umgesetzt werden. Der Dialog mit Dritt- und Transitländern soll gemäß des EU-Gesamtansatzes für Migration und Mobilität besonders durch Mobilitätspartnerschaften, regionalen Dialog, den Rabat-Prozess sowie regionale Schutzprogramme gefördert werden. Mit Blick auf die östlichen Nachbarstaaten will sich der Vorsitz um die Assoziierungsabkommen mit Georgien, Moldawien und der Ukraine bemühen. Die **Ukraine** soll bei ihrem Normalisierungsprozess und der Wiederherstellung der inneren Stabilität des Landes begleitet werden. Trotz der von der EU verhängten Sanktionen setzt sich Italien für eine Verbesserung der strategischen Partnerschaft und für ein Wiederbeleben des Dialoges mit Russland insbesondere mit Blick auf Demokratisierung, Modernisierung und der Aussicht auf Beitritt zur Östlichen Partnerschaft ein. Zudem sollen die Beitrittsverhandlungen mit den westlichen Balkanstaaten vorangetrieben sowie die Gespräche mit der Türkei wieder aufgenommen werden.

Schließlich beabsichtigt der Vorsitz, die Verhandlungen mit strategischen Partnern über bilaterale **Freihandels- und Investitionsabkommen** deutlich voranzutreiben oder zum Abschluss zu bringen. Das gilt besonders für die Verhandlungen der Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (**TTIP**) und zwischen der EU und Kanada (**CETA**). Zudem will der Vorsitz ein positives Ergebnis des Asien-Europa-Gipfeltreffens im Oktober 2014 erreichen.

Quelle: Programm der italienischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union, online abrufbar:

http://italia2014.eu/media/1349/programma_en1_def.pdf (Stand: 17.Juli 2014)

Künftige Vorsitze (Italien, Lettland und Luxemburg), Achtzehnmonatsprogramm des Rates (1. Juli 2014 - 31. Dezember 2015) vom 16. Juni 2014, Rats-Dok. 10948/14, online abrufbar unter

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?!=DE&f=ST%2010948%202014%20INTI> (Stand: 17.Juli 2014)